



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 20. April 2018

Band 12, Ausgabe 7

Themen

- **Gesundheit**
- **Umwelt**
- **Menschenrechte**
- **Arbeit**

"Ich habe überhaupt keine Veranlassung, Macrons persönliche Glücksgefühle zu meinem politischen Programm zu machen."

(CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt am Dienstag in Berlin zu der Frage, ob er bei der Ablehnung wichtiger EU-Reformvorschläge Rücksicht auf den französischen Präsidenten nehmen werde.)

In dieser Ausgabe:

- Aus dem Rechnungsprüfungsausschuss 2
- Aus dem Haushaltsausschuss 2
- Jahresabrüstungsbericht vorgelegt 3
- Wolfsbestände regulieren - Schäfer unterstützen 3
- Spannungen China-Taiwan verringern 3
- Digitalisierung im Gesundheitswesen 4

Europa ja - aber richtig!

In der Fraktionssitzung diese Woche haben wir über wichtige Reformvorhaben der Europäischen Union diskutiert. Die EU befindet sich in einer entscheidenden Phase, die von internationalen Kräfteverschiebungen und Krisen, der Globalisierung, der Digitalisierung sowie dem bevorstehenden Brexit geprägt ist. In den nächsten Monaten stehen wichtige Entscheidungen in Europa an. Es geht um die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, Fortschritte bei großen Wirtschaftsthemen wie Digitalisierung und Energie, eine nachhaltige Bewältigung der Migrationsbewegungen,

die Frage künftiger Beitritte, eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik und letztlich auch um Europas Rolle in der Welt.

Wir haben unseren Koalitionsvertrag mit der Überschrift „Ein neuer Aufbruch für Europa“ überschrieben. Das bedeutet nicht, dass wir nur in grundlegen-

den Reformen die Lösung aller Probleme sehen. Reformen müssen wohlüberlegt und in größeren Zusammenhängen gesehen wer-



den. Um sich darüber eine fundierte Meinung zu bilden, brauchen wir eine gründliche und ausführliche Diskussion in der Fraktion, denn die wesentlichen Entscheidungen müssen von Bundesregierung und Deutschem Bundestag gemeinsam getragen werden.



CDU und CSU sind seit Bestehen der Bundesrepublik die Europaparteien in Deutschland. Mit Konrad Adenauer und Helmut Kohl waren wir es, die die europä-

sche Einigung entscheidend vorangebracht und geprägt haben. Mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel und unseren europäischen Partnern wollen wir die EU in eine gute Zukunft führen. Bewährtes wollen wir erhalten, aber an den richtigen Stellen müssen wir reformieren und Veränderungen vorantreiben. Wir wollen das einzigartige Friedens- und Erfolgsprojekt Europa weiterentwickeln, um „Frieden nach außen und Sicherheit und Wohlstand nach innen zu schaffen“ – so haben wir es im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Die aktuellen Ereignisse in Großbritannien zeigen, dass das geschlossene und bestimmte Auftreten der Europäer bei Austrittsverhandlungen Früchte trägt. Das nährt die Hoffnung auf einen geordneten EU-Austritt Großbritanniens mit möglichst wenigen Kollateralschäden. Denn London ist und bleibt ein wichtiger Freund und Partner, dem die EU eng verbunden ist.

Aus dem Rechnungsprüfungsausschuss

Der Bundesrechnungshof (BRH) hat keine für die Entlastung der Bundesregierung wesentlichen Abweichungen zwischen den in den Rechnungen und in den Büchern aufgeführten Beträgen im Haushaltsjahr 2016 festgestellt. Deshalb haben wir Parlamentarier diese Woche im Rechnungsprüfungsausschuss die Bundesregierung mit den Stimmen von Union, SPD und AFD entlastet.

In der Sitzung haben wir darüber hinaus Probleme bei der Rückzahlung von Bildungskrediten für Studenten, die zum Beispiel wegen Krankheit/Tod oder Mittellosigkeit

des Kreditnehmers aufgetreten sind, behandelt. Hier sind Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie die KfW auf einem guten Weg, geeignete Strukturen und Regelungen für sinnvolle und alle Beteiligten gerecht werdende Lösungen zu finden.

Die Handhabung von Sanktionen zum Beispiel bei Ortsabwesenheiten von Hartz IV-Empfängern ist bundesweit uneinheitlich. Dies ist angesichts der bundesweiten Gültigkeit der SGB II-Gesetzgebung unbefriedigend, so das wir die Bunde-

sagentur für Arbeit bzw. das Bundesarbeitsministerium damit beauftragt haben, entsprechende Änderungen vorzubereiten.



Ab Sommer dieses Jahres bekommen Deutschlands Rentner höherwertige Ausweise. Bislang versandte die Rentenversicherung Papierausweise zum Selbstausschneiden, die jetzt durch laminierten Ausweise ersetzt werden. Vor allem Grüne und Linke kritisierten die Einführung und Qualität der neuen Ausweise.

Aus dem Haushaltsausschuss

Diese Woche hat uns im Haushaltsausschuss der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit (BA), der ehemalige Hamburger Sozialsenator Detlef Scheele, den Haushaltsplan seines Hauses für das laufende Jahr vorgestellt. Einnahmen von rund 39 Mrd. Euro stehen Ausgaben in Höhe von 36,4 Mrd. Euro gegenüber, wobei der Überschuss von rund 2,7 Mrd. Euro in die allgemeine Rücklage fließen soll, die Ende des Jahres auf dann 20 Mrd. Euro anwächst.

Bei sinkenden Ausgaben für das Arbeitslosengeld erhöhen sich insbesondere die Mittel für die beitragsfinanzierte

aktive Arbeitsförderung im SGB III um 1,9 Milliarden Euro gegenüber den Ausgaben von 2017. Auch das Budget für die Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben steigt im Zuge der Intensivierung der Teilhabeförderung um 100 Millionen Euro auf 2,54 Milliarden Euro. Auch das Personal der BA wird unter anderem aufgrund der Stärkung der beruflichen Inklusion im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes, der Übernahme der Familienkassen des Öffentlichen Dienstes, der Bedarfe wegen der Flüchtlingsmigration und zur Senkung des Anteils befristeter Beschäftigter in der Summe aufgestockt.



In der Diskussion wurde auch das Projekt „CashBA“ thematisiert. Bisher können Hartz IV-Empfänger im Notfall Barzahlungen an insgesamt 300 BA-eigenen Geldautomaten erhalten. Diese Auszahlungen sind mit Kosten von jeweils 8 Euro recht teuer, so dass die BA die Auszahlungen ab 2019 auf Zahlscheine umstellen will, die die Betroffenen an Kassen von Supermärkten und Drogerien einlösen können.

Die Zahlscheine sind neutral (wie die von z.B. Amazon), der Datenschutz ist gewährleistet, mit rund 8500 bundesweiten Auszahlungsstellen ist die Auszahlung für die Betroffenen einfach zu handhaben und für die BA finanziell deutlich günstiger. Ich hoffe, dass die Erprobung an zehn ausgewählten Agenturen und gemeinsamen Einrichtungen ab Mitte des Jahres erfolgreich sein wird.

Jahresabrüstungsbericht vorgelegt

Der von der Bundesregierung vorgelegte Jahresabrüstungsbericht 2017 verdeutlicht die erheblichen Herausforderungen, vor denen die seit Jahrzehnten bestehende Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur auch im zurückliegenden Jahr stand.

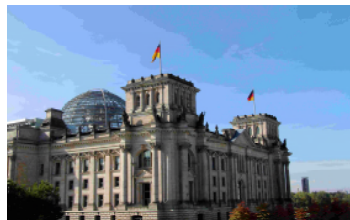


Insbesondere der andauernde Konflikt im Osten der Ukraine sowie Indizien für eine mögliche Unterwanderung des INF-Vertrags durch Russland sind der Grund dafür. Vor diesem Hintergrund

bestand die zentrale Zielsetzung der Bundesregierung vor allem darin, sich für den Erhalt und die vollständige Umsetzung der bestehenden Rüstungskontroll- und Abrüstungsarchitektur einzusetzen und Bestrebungen, diese zu untergraben, entgegenzuwirken.

Wolfsbestände regulieren - Schäfer unterstützen

In einer Anhörung des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages zum Umgang mit den wachsenden Wolfspopulationen wurde klar, dass die Wolfsbestände dringend reguliert werden müssen.



Die Sicherheit der Menschen hat oberste Priorität. Es ist nicht hinnehmbar, wenn die Weidetierhalter die Zeche für unre-

gulierte Wolfsbestände zahlen müssen. Deshalb muss künftig der Grundsatz gelten: Die Wolfsbestände werden auf das für den Artenschutz erforderliche Maß begrenzt. Prävention bleibt weiterhin wichtig, um den Artenschutz in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland zu ermöglichen. Aber auch die Entnahme

von Wölfen darf dort, wo es erforderlich ist, kein Tabu mehr sein.

Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten prüfen, wie Menschen-, Herden- und Artenschutz in einen sinnvollen Ausgleich gebracht werden können – und entsprechend handeln. Von zentraler Bedeutung wird sein, die dem natürlichen Erhaltungszustand zugrundeliegende Populationsgröße neu zu definieren.

WLFD: Spannungen China - Taiwan verringern

Beim Treffen mit der Vorsitzenden der Taiwan Association for China Human Rights (TAHCR), Herrn Dr. Sen Hong YANG, und der Ehefrau des taiwanesischen Menschenrechtlers Mingche LI, der sich friedlich für Menschenrechte in China eingesetzt hat und dafür verurteilt wurde und derzeit dafür im Gefängnis sitzt, Frau Ching-Yu LI, haben meine WLFD-Kollegen und ich uns über die aktuelle menschenrechtliche Situation in der Volksrepublik China wie auch die sicherheitspolitische Lage rund um die Republik China auf Taiwan informiert.

Die gegenwärtigen Entwicklungen in dieser Region sind -

auch was die Koreanische Halbinsel betrifft - eine große Herausforderung für die freie Welt.



Unser Umgang mit den Problemen wird dadurch erschwert, dass die Volksrepublik China nach wie vor unser mit Abstand

größter Handelspartner ist, und wir von daher auch wirtschaftliche Interessen bei unseren Entscheidungen mit

berücksichtigen müssen. Es ist ein schwieriger Weg, die VR China dazu zu bringen, negative Akte der Drohung und Unterdrückung aufzugeben, sich der Realität der eigenständigen Regierung Taiwans zu stellen und Differenzen durch konstruktiven Dialog beizulegen,

um die friedliche und stabile Entwicklung der Beziehungen über die Taiwanstraße zu fördern.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Wir können nicht erlauben, dass der Gebrauch chemischer Waffen normal wird: innerhalb Syriens, auf den Straßen Großbritanniens oder irgendwo sonst in unserer Welt.»

(Die britische Premierministerin Theresa May am Samstag in London zum Luftangriff in Syrien)

Digitalisierung im Gesundheitswesen

Die Digitalisierung eröffnet viele neue Möglichkeiten— auch für eine bessere Versorgung von Patienten und für Fortschritte in der medizinischen Forschung. Gerade in der Medizin haben Daten einen hohen Stellenwert. Sie tragen dazu bei, neue Medikamente, Diagnostik und Medizinprodukte zu entwickeln und operative Verfahren zu verbessern. Ein Großteil dieser Daten kann bisher z.B. aufgrund von Barrieren bei der Datenübermittlung nicht genutzt werden. Die Digitalisierung ist von daher kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um Versorgung zu verbessern.

Neben einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Versicherten und den Leistungserbringern soll der Digitalisierungsprozess auch dabei helfen, Bürokratie vor Ort abzubauen. Besonders wichtig ist, bei den geplanten Maßnahmen immer sicherzustellen, dass jegliche Datenspeicherung den strengen Anforderungen des Datenschutzes unterliegt. Insgesamt muss die digitale Sicherheit im Gesundheitswesen gestärkt werden. Oberste Prämisse ist bei allen geplanten Initiativen, dass die gespeicherten Daten Eigentum der Patienten sind. Nur diese dürfen entscheiden, wann Zugriff auf welche Daten hat.

Um auf der einen Seite hohe Sicherheitsstandards zu garantieren und auf der anderen Seite die Möglichkeiten der Digitalisierung zügig weiterzuentwickeln, sind sichere und flexible Strukturen erforderlich. Dazu gehören die Telematikinfrastruktur, die elektronische Gesundheitskarte und damit ein sicheres Netz, an das Arztpraxen und später Krankenhäuser mittels der Konnek-



toren angeschlossen werden. Es gilt, die Infrastrukturs konsequent auszubauen, so dass anschließend konkrete Anwendungen bis hin zur elektronischen Patientenakte für Versicherte eingeführt werden können.

Der Start der Telematikinfrastruktur wird dann die erste konkrete Anwendung in Arztpraxen möglich machen, das sogenannte Versichertenstammdatenmanagement. Dabei werden in der Arztpraxis die Versichertendaten auf der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

Uns ist bekannt, dass der flächendeckende Ausbau der TI bislang aus unterschiedlichen Gründen noch nicht so schnell vorangeschritten ist, wie wir uns das gewünscht hätten. Dennoch erwarten wir bereits ab Sommer 2018 einen großen Schritt in Richtung einer flächendeckenden Einführung der TI, weil mehrere Anbieter die Konnektoren auf dem Markt anbieten, die mit Kartenterminal und Praxissoftware verbunden sein werden.

Die Ärzte müssen nicht selbst für die Anbindung ihrer Praxis an die TI aufkommen. Die Kosten werden gem. § 291a Absatz 7 SGB V in Verbindung mit den entsprechenden Finanzierungsvereinbarungen zwischen der Kassenärztlichen bzw. Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und dem GKV-Spitzenverband von den Krankenkassen erstattet.

Wir als Union sehen die Digitalisierung als einen wichtigen Baustein, um das Gesundheitswesen für die künftigen Herausforderungen im Hinblick auf den medizinischen Fortschritt und den demographischen Wandel vorzubereiten. Wir werden den Prozess der Digitalisierung sorgsam begleiten und falls erforderlich, gesetzliche Anpassungen vornehmen.